

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,80 Mark.

Stuttgart den 10. Januar 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Seckin (Zunbei), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — Neujahrstrachtung. Von K. Bebel. — Das Attentat auf die preussische Volksschule. Von Heinrich Schulz. — Die Konferenz der Birken- und Pinfelarbeiter und -arbeiterinnen. — Nochmals die „Zehn Gebote für die Männer“. Von Heinrich Schulz. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Bestrebungen zur Förderung der proletarischen Jugenderziehung. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Soziale Gesetzgebung. — Feuilleton: Silberstern. Von Otto Krille. (Gedicht.) — Trommelklang. Skizze von Heinz Tobote. — Vom Baal zu Babel. Von Otto Erich Hartleben. (Gedicht.)

Einladung zum Abonnement.

Die „Gleichheit“, das Organ der deutschen Genossinnen, beginnt mit dieser Nummer ihren 16. Jahrgang. Wie in den vergangenen Jahren, so wird die Zeitschrift auch fernerhin die treue Beraterin der Proletarierinnen für ihre Beteiligung am Befreiungskampf ihrer Klasse sein. Sie wird wie seither mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zugunsten des weiblichen Geschlechtes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zugunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Die proletarischen Frauen zum Klassenkampf zu rufen und für den Klassenkampf zu schulen, das wird wie bisher so in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Ihrem alten Programm getreu wird sie auch im kommenden Jahre werben für den Streit, in dem „ein Hüben und Drüben nur gilt“. Daneben will jedoch die „Gleichheit“ noch weitere Aufgaben erfüllen. Jede Nummer hat eine Beilage, welche, abwechselnd in der Reihe des Erscheinens, der allgemeinen Bildung der proletarischen Frau, ihrer besseren Ausrüstung für die Pflichten als Mutter und Hausfrau gewidmet ist und Kinderlektüre bringt, die in dem heranwachsenden proletarischen Geschlecht sozialistisches Fühlen und Denken fördern soll. Das Blatt hat im Laufe des letzten Jahres seinen Leserkreis um viele Tausende vermehrt. Wir hoffen, daß es sich 1906 die alten Sympathien erhält und neue Freunde erwirbt. Verlag und Redaktion werden tun, was in ihren Kräften steht, damit die „Gleichheit“ ihren Aufgaben gerecht wird. Ihr Preis beträgt vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig.

Probe- und Agitationsnummern werden jederzeit gratis abgegeben. Eine recht weite Verbreitung der „Gleichheit“ hofft

Die Redaktion und der Verlag.

Neujahrstrachtung.

Unter Donner und Blitz ist das alte Jahr zu Grabe gegangen, und unter Donner und Blitz ist das neue entstanden. Es sind die Ereignisse im Osten Europas, die gegenwärtig das Interesse aller denkenden Menschen, insbesondere aber des klassenbewußten Proletariats aller Länder in Anspruch nehmen. Auf aller Lippen ruht die Frage: Was wird das werden? Wie wird das enden?

Eine große russische Revolution, die das ungeheure Reich bis in seine tiefsten Tiefen aufwühlt, und wenn sie siegreich ist, nicht nur die Zustände in Rußland von Grund aus verändert, sondern auch den Anstoß zu großen Veränderungen in den ökonomisch entwickelteren Staaten gibt: wer hätte dieses vor wenig Jahren für möglich gehalten? Und obendrein eine Revolution, in der nicht das Bürgertum, wie unsere Gegner glaubten annehmen zu dürfen, sondern das klassenbewußte Proletariat die führende und leitende Rolle übernommen hat. Während wir in Mittel- und Westeuropa uns die Köpfe zerbrechen, ob das Proletariat für eine führende geschichtliche Rolle reif sei, ob es vermöge, die Staatsleitung in seine Hände zu nehmen, und über diese Frage lang und breit tiefgründige Erörterungen pflegen, hat das russische klassenbewußte Proletariat, das weder an Zahl noch an politischer Erfahrung, noch an geschlossenen Massenorganisationen es mit dem mittel- und westeuropäischen Proletariat aufnehmen vermag, und das in einem Lande von überwiegend primitiver sozialer und kultureller Entwicklung lebt, alle Theorien und Klügelien über den Haufen geworfen und frisch Hand ans Werk gelegt. Und siehe da, was selbst in unseren Reihen vielfach für unmöglich gehalten wurde, ist ihm gelungen. Es hat sich zum Herrn der Lage aufgeworfen.

An Energie, Geschlossenheit, Einsicht und Zielbewußtheit übertrifft es unbestritten alle bürgerlichen Parteien. Sollte es vorerst sein Ziel nicht ganz erreichen, so liegt das nicht an ihm, sondern an Faktoren, die zu überwinden und zu beherrschen noch außerhalb seiner Macht liegt. Aber auf alle Fälle hat es der Entwicklung Rußlands nach vorwärts einen gewaltigen und wirkungsvollen Anstoß gegeben. Es ist von jetzt ab der einflußreichste Faktor in der sozialen und politischen Entwicklung des Landes. Ohne das Proletariat ist ein modernes Rußland unmöglich.

Und wie diese russische Revolution wider alle bisherigen programmatischen Auffassungen bürgerlicher Ideologen von dem Entstehen und der Entwicklung von Revolutionen entstand und wirkt, so sind auch die Kampfmittel entsprechend der Rolle, die das Proletariat in dieser Revolution spielt, ganz andere als alle bisherigen. Zunächst beginnt ein jäher, ausdauernder, nach kurzen Zwischenpausen sich immer wieder erneuernder passiver Widerstand durch Streiks und Massendemonstrationen, ein Widerstand, der für die Staatsgewalt ungreifbar ist und doch alles in Verwirrung und Auflösung bringt. Ein Kampfspiel, dem schließlich sogar ganze Kategorien staatlicher und öffentlicher Beamter und Angestellter mit Begeisterung und mit überraschender Einnützigkeit Folge leisten. Es ist zunächst, wir möchten sagen, eine stumme Revolution, in der die Masse durch die Ruhe, mit der sie handelt, wirkt und imponiert. Dieser Kampfweise steht das herrschende Regiment machtlos gegenüber. Es sieht sich von allen Seiten von zahllosen Feinden umgeben, es vermag sie aber nicht zu fassen. Und dieser stumme, passive Kampf der Massen wirkt merkwürdig ansteckend. Er greift über in die eigenen Lager der Feinde und gewinnt hier zahlreiche Bundesgenossen; er erschüttert und untergräbt so auf das wirksamste die feindliche Stellung.

Streikende Arbeiter waren bisher nirgends eine Seltenheit, aber streikende Soldaten, Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamte, sogar streikende Polizei- und Grenzbeamte, das ist, wenn wir von dem wenige Tage dauernden Schweizer und holländischen Eisenbahnstreik absehen, noch nicht dagewesen. Diese Vorgänge greifen dem verstocktesten Staatsföndler an die Nieren.

Und noch nach einer anderen Richtung erweist sich diese Revolution als höchst merkwürdig. In keinem Lande haben die Frauen bisher eine so hervorragende, auf dem

Fuße der Gleichberechtigung stehende Tätigkeit entfaltet als in den verschiedenen Schichten der russischen Gesellschaft. Die russische Frau besitzt in solchem Maße die volle gesellschaftliche Gleichberechtigung und Wertschätzung, daß die Russin die anders gearteten Verhältnisse in Mittel- und Westeuropa kaum versteht und namentlich vor der Aschenbrödelrolle der deutschen Frau nichts weniger als Hochachtung empfindet. Rußland war bekanntlich das erste Land, in dem die Frauen sich mit Eifer auf die Studienschächer der Männer warfen und ihnen mit Erfolg nachsieferten, und es waren auch die russischen Frauen, die von Beginn der revolutionären Bewegung an Hand in Hand mit den Männern gingen und kämpften und von diesen als gleichstehende und gleichwertige Kameraden angesehen und geschätzt wurden. Es ist daher auch nur natürlich, daß bisher noch in keiner Revolution die Frauen einen so großen und maßgebenden Einfluß ausübten wie in der jetzigen russischen Revolution, und daß, wo immer die Frage nach den zu erwerbenden politischen Rechten entstand, es als selbstverständlich angesehen wird, daß diese für Männer und Frauen nur die gleichen sein können.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert die politische und soziale Gleichstellung der Geschlechter in ihrem Programm, und kein Mitglied der Partei wird wagen, diese Programmforderung zu bekämpfen. Aber gibt es keine öffentliche Segnerschaft in der Partei, so gibt es doch, wie jeder weiß, eine gewisse latente (verborgene) innerhalb einzelner Kreise, die sich durch Passivität für alles, was mit der Gleichberechtigung der Frau zusammenhängt, bekundet und unseren Genossinnen ihren Kampf für die Hebung ihres Geschlechtes erschwert.

Ein solcher Zustand ist in Rußland unmöglich, so sehr unmöglich, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern, die bei uns mit Recht als das politisch rückständigste Element angesehen werden, auf ihren Kongressen widerspruchslos eintreten für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht der Frauen. Obgleich auch bei dem deutschen Bauern die Wirtschaft ohne die Frau nicht bestehen kann und diese sogar das Hauptlastträger in derselben ist, erscheint es ihm als eine Naturwidrigkeit, ihr auch die gleichen politischen Rechte einzuräumen, die er besitzt.

Es kann also geschehen, daß die Revolution in Rußland den Frauen Rechte bringt, auf die sie bis heute in Europa, von schwachen Ansätzen in England und Norwegen abgesehen, noch vergeblich warten. Unter diesen Umständen haben die deutschen Frauen ein ganz besonderes Interesse an dem weiteren Gange der russischen Revolution, die nicht bloß für die Arbeiterklasse, sondern auch für ihr Geschlecht bahnbrechend wirken wird.

Aber die russische Frau und Proletarierin kämpft nicht nur mit geistigen Waffen Seite an Seite mit den gleichgesinnten Männern. Der passive Widerstand durch Massestreiks und friedliche Demonstrationen hat sich namentlich im „heiligen“ Moskau, der alten Hauptstadt des Reiches, zum aktiven Kampfe, zum Angriff gesteigert. Die Revolution stieg auf die Straße und suchte mit der Flinte und dem Revolver zu erreichen, was ihr bisher durch den passiven Widerstand noch nicht zu erreichen gelang. Die Straßenkämpfe, die das alte Moskau in den christlichen Feiertagen erlebte, wobei Proletarierblut in Strömen floß, gehören mit zu dem Großartigsten, was die Geschichte an dauernder, opfermutiger Hingabe für ein großes Ideal kennt. Und in diesen heroischen Kämpfen standen die russischen Frauen, wie selbst die Feinde bewundernd zugestehen, in Massen in den vordersten Reihen und schlugen ihr Leben in die Schanze, um der Revolution den Sieg zu erringen.

Was bürgerliche Revolutionen früherer Perioden nur vereinzelt sahen, was aber schon in den Kämpfen der Kommune in höherem Grade sich wiederholte, — daß Frauen an den revolutionären Kämpfen mit der Waffe in der Hand tätigen Anteil nahmen — das tritt in der russischen Revolution unserer Tage als Massenerscheinung auf: Die Beteiligung der Frauen an den Straßenkämpfen wird ein Faktor von weltgeschichtlicher Bedeutung, der in den revolutionären Kämpfen der Zukunft als typische Erscheinung wiederkehren wird. Damit haben sich die russi-

schen Frauen ihr volles Bürgerrecht erobert; sie haben sich auch dort den Männern ebenbürtig gezeigt, wo man es bisher von ihnen nicht erwartete und forderte, auf der Barrikade und in den Kämpfen der Straße.

Der Gang der Dinge im Osten beeinflusst in hohem Grade auch unseren Marsch in Deutschland, wo bisher aller Fortschritt sich nur schrittweise vollzog, nicht selten begleitet von einem großen Rückschritt. Auch für uns und ganz Westeuropa hat die russische Revolution eine tief einschneidende Bedeutung. Haben bisher schon alle bürgerlichen Volksbewegungen über die Grenzen des Landes, in denen sie sich abspielten, einen oft sehr erheblichen Einfluß ausgeübt — die große französische Revolution erschütterte ganz Europa und wälzte es mehr oder weniger um —, so müssen Revolutionen, in denen das moderne Proletariat seine historische Rolle übernimmt, noch in weit höherem Grade internationale Wirkungen ausüben.

Die Mittel für die Verbindungen und den Verkehr sind ins Riesenhafte gewachsen und haben sich über alle Länder der Erde erstreckt. Die Ideenentwicklung und die Verbindungen der gleich denkenden und gleich strebenden Geister haben sich ins Unendliche vermehrt und umfassen alle Kulturländer der Welt. Die politische Bildung und die soziale Erkenntnis des Klassenbewußten Proletariats haben einen Reifegrad erreicht und sind so weit verbreitet, wie das Bürgertum niemals ähnliches im Laufe seiner Entwicklung kannte.

Allerdings sind auch entsprechend den Massen, die heute in den Bewegungen stehen, die Ziele gewachsen, die sie zu erreichen haben, werden Aufgaben von einer Größe und einer Bedeutung gestellt, wie sie im Laufe geschichtlicher Entwicklung niemals einer aufstrebenden Klasse gestellt worden sind. Ist doch der Befreiungskampf des Proletariats der letzte Klassenkampf, den die Menschheit zu führen hat, um in das Reich voller menschlicher Freiheit und Gleichheit zu gelangen. Und das Proletariat findet hierbei Widerstände, wie sie früher ebenfalls niemals vorhanden waren. Das erklärt, daß der Gang der Dinge scheinbar ein so langsamer ist, während es sich doch nur um ein Kräftesammeln handelt, um den letzten entscheidenden Kämpfen gewachsen zu sein.

Die Strahlen der Sonne im Osten bescheinen den Beginn des neuen Jahres. Daß es nicht nur für Ausland, sondern auch für uns ein gedeihliches, unserer Sache förderliches werde, liegt in erster Linie an uns. Der Frau erscheint in erhöhtem Grade die Hoffnung, daß auch für sie die Befreiungslinie schlägt, die sie zu einer Freien und Gleichen macht, als welche sie ihr eigenes Wohl mit dem des Ganzen fördern kann. Das neue Jahr fordert neue und erhöhte Arbeit für die Befreiung der Unterdrückten aus jeglicher Fessel. Gehen wir mit dem Entschluß an diese Arbeit, daß wir siegen wollen und siegen müssen, und daß kein Opfer uns zu groß ist, unser Ziel zu erreichen. A. Bebel.

Das Attentat auf die preussische Volksschule.

In einer Beziehung ist das preussische Schulunterhaltungsgesetz wirklich grundfalsch und konsequent: es geht allen Grundsätzen konsequent aus dem Wege. Das vorerwähnte Gesetz ist auch zeitgemäß insoweit, als es den erschreckenden Mangel an großen Gesichtspunkten bei den herrschenden Parteien mit einer verblüffenden Offenheit an den Pranger stellt. Es ist ein Schulgesetz, bei dem nicht die Schule und nicht die Schulmänner Gevatter gestanden haben, sondern das von ungeheurer, kurzschäftiger, schulfremden Juristen, von Bürokraten und Gesetzmaklern zusammengelaubt und -geschachtelt worden ist. Es ist nicht nur auf Grund des Mailkompromisses vom vorigen Jahre zustande gekommen, sondern es ist das naturgetreue Abbild des Kompromisses, zu dem die gewaltig angewachsene Arbeiterbewegung die sonst feindseligen Brüder der bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit zusammengetrieben hat.

Die preussische Schulunterhaltung ist Flickwerk und Stückwerk wie die ganze preussische Volksschule. Mit Mühe und Not ist zu den verschiedensten Zeiten der preussischen Regierung, ob sie nun jeweils aus einem absoluten Hohenzollern oder außerdem aus einem Privilegienparlament bestand, das unerläßlich notwendigste für die Schule abgerungen worden. Ein eigentliches Interesse an der Volksschule um ihrer selbst willen bestand niemals bei den Herrschenden, einige einflusslose Ideologen und Philanthropen abgerechnet. Darum herrscht in der preussischen Schulgesetzgebung die ärgste Verwirrung und Planlosigkeit, ein ungläubliches Durcheinander von Verordnungen, Bestimmungen, Reskripten, Regulativen, Gesetzen, so daß sich kein Mensch hindurchfindet und die wichtigsten Bestimmungen oft im entgegengesetzten Sinne ausgelegt werden. Daran hat die gelegentliche gesetzliche Flickschusterei des preussischen Landtags nichts geändert. Das 1897 beschlossene Lehrerbildungsgesetz war im Augenblick seiner Fertigstellung schon wieder verbesserungsbedürftig, weil der trostlose, morsche Bau der heutigen Volksschule keine noch so arbeitsame Teilreparatur ohne Gefahr des Zusammenbruchs des Ganzen verträgt.

Ebenso wird es mit der jetzt dem preussischen Landtag vorliegenden Schulunterhaltungsvorlage gehen. Sie bringt

auf dem eigentlichen Schulgebiet, für das sie ihrem Namen nach bestimmt ist, keine durchgreifende Regelung, sondern sie versucht sich durch die schlangartigen Bindungen und Drehungen durch die wirtschaftlichen und politischen Interessengegenstände zwischen Stadt und Land, zwischen Landgemeinde und Gutsbezirk, zwischen Landwirtschaft und Industrie hindurchzuschlingeln. Nur nirgends anstoßen! So lautet die stillschweigende Parole, nach der die Vorlage ausgearbeitet zu sein scheint. Der einen Partei, der etwas genommen werden muß, schnell dafür mit der anderen Hand etwas gegeben, und zwar möglichst mehr gegeben, als ihr genommen worden ist! Da aber schließlich die Mehrausgabe irgendwo hergenommen werden muß, so will man sie, wie üblich, bei der breiten Masse des Volkes einkassieren, indem man die preussische Volksschule noch mehr verschlechtert als bisher. Man lasse sich nicht dadurch täuschen, daß auch in Zukunft die Gutsbezirke zu den Lasten mit herangezogen werden sollen. Diese Pflicht ist mit mannigfachen Kautelen umgeben und wird den Beteiligten durch Staatsunterstützungen erleichtert, so daß sie die Agrarier nicht sehr drücken wird. Die Übernahme der Schullasten auf die politische Gemeinde und die Abschaffung der Sozialitäten ist keineswegs eine heroische Tat, sondern eine kleine Selbstverständlichkeit vom Standpunkt der preussischen Bürokratie aus, sie sollte verfassungsgemäß längst durchgeführt sein; vom Standpunkt einer weiter schauenden Schulpolitik aus dagegen bedeutet die Kommunalisierung des Schulwesens eine Kurzsichtigkeit und ein bedauerliches Zugeständnis an die rüchständigen Bestrebungen auf Zertrümmerung oder doch auf Zersplitterung der Schulwesens. Alles das aber und die übrigen weitschweifigen Bestimmungen, die hier nicht im einzelnen erörtert zu werden brauchen, entspringen dem Bemühen, den verschiedenen Strömungen innerhalb der herrschenden Parteien nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, möge darüber auch jedes Prinzip, möge darüber schließlich die ganze preussische Volksschule zum Teufel gehen.

Aber die Regelung der Schulunterhaltung ist beiichte betrachtet nur ein untergeordneter Zweck des Schulunterhaltungsgesetzes. Der höhere Zweck dieses kompromißlichen Gesetzentwurfes besteht in der Konfessionalisierung, in der Verkirchlichung der Schule. Als das Mailkompromiß im vorigen Jahre zuerst bekannt wurde, schäumte die Empörung bei den Nationalliberalen anfangs mächtig empor. Sonderbarerweise aber hört und sieht man jetzt, nun das Kompromiß feste, gesetzgeberische Formen angenommen hat und gefährlich wird, nichts von nationalliberaler Entrüstung. Die nationalliberalen Blätter schreiben verschämt, daß die Fraktion dem Gesetzentwurf wohl nach Vornahme einiger Korrekturen zustimmen könne. Die Fraktion selbst hat denn auch bei der ersten Lesung im preussischen Abgeordnetenhaus eine überaus klägliche Haltung eingenommen. Sie sträubte sich scheinbar noch ein wenig und stellte liberale Forderungen auf, um nachher beim Schacher in der Kommission etwas zum Ablassen zu haben. Der Fraktionsredner Schiffer trat sogar — man denke! — für die Zulassung von Frauen zu den Schuldeputationen und Schulvorständen ein. Aber sobald es zur ersten Entscheidung kommt, wird die Fraktion einmütig für den Entwurf stimmen, da angeblich die von nationalliberaler Seite aufgestellten Minimalforderungen Berücksichtigung gefunden haben.

Ist das aber der Fall? Mit nichten! Die Gefahr der Verpflanzung der Volksschule besteht heute noch in demselben Maße wie bisher. Was in den letzten Wochen, vielleicht auf Grund der de- und wehmütigen Bitten und Proteste von nationalliberaler Seite, in dem Gesetzentwurf zugunsten der Simultanschule geändert worden ist, repräsentiert sich bei genauer Betrachtung als eitel Dunst. Formell hat man in dem Gesetzentwurf der Simultanschule etwas mehr Rechnung getragen, in Wirklichkeit wird die Konfessionsschule fast ausnahmslos überall zur Regel gemacht. Darüber sind sich auch die Nationalliberalen selbst klar, wie ein eingehender und nicht uninteressanter Artikel der „Kölnischen Zeitung“ über die Vorlage beweist. Elegisch heißt es in dem Artikel bei Feststellung des Schlussergebnisses: „Der große Augenblick, wo die unerträglichen Nöte auf dem Gebiet der Schulunterhaltung die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes zwingen, das dem ersehnten und von der Verfassung verlangten allgemeinen Unterrichtsgesetz nahe kommen sollte, findet ein kleines Geschlecht, das nichts vermag, als mit behutsamen Kompromissen den zufällig im Jahre des Gesetzes erreichten Zustand festzulegen und eine geistige Entwicklung... künstlich zu unterbinden.“ Warum werden trotzdem die Nationalliberalen dafür stimmen? Weil sie müde und matt geworden sind, weil sie wissen, daß sie von der Regierung und ihren Parteien nicht für einen Pfennig mehr herauszuholen und weil sie auf der anderen Seite so sehr allen Respekt beim Volke verloren haben, daß sie nicht erwarten dürfen, noch jemals wieder eine große Volksbewegung entfesseln zu können. Was ist außerdem den Nationalliberalen das Volk und die Volksschule? Mittel zu politischen und wirtschaftlichen Sonderzwecken, und darum genügt es ihnen, wenn sie damit vorläufig einen Teilzweck erreicht haben: sie können sich als Mithelfer beim Zustandekommen dieses Gesetzes, als Regierungspartei gerieren, ein Vorzug, der den Nationalliberalen in letzter Zeit in solcher Reinheit nicht mehr oft zuteil wurde, da das Zentrum ihnen meistens in die Suppe spuckte. Das Zentrum aber hat zur großen Freude der kulturkämpferischen Nationalliberalen offiziell nichts mit dem Schulgesetz zu tun, wenn es auch im Hintergrund steht und bereit ist, einzuspringen, falls die Nationalliberalen versagen sollten.

Von der liberalen Opposition im preussischen Abgeordnetenhaus ist nicht viel mehr zu erwarten als von den Nationalliberalen. Sie ist an Zahl gering, außerdem ist

ihr Wort nichts im Dreiklassenparlament, in dem die Junker das unumschränkte Regiment führen. Schließlich ist es auch dem Liberalismus nicht ernst um die Sache. Die liberalen Redner haben in der ersten Lesung feierlich beteuert, daß sie von dem hohen erzieherischen Werte der Religion durchaus überzeugt seien und daß sie der Schule keineswegs ihre „religiös-sittliche“ Basis entziehen wollten. Demnach handelt es sich in bezug auf die Verkirchlichung der Schule bei allen bürgerlichen Parteien von der äußersten Rechten bis zum liberalen linken Flügel nur um Verschiedenheiten des Grades und des Temperaments. Die einen wollen jede Unterrichtsstunde, Schreiben und Turnen so gut wie Geschichte und Handarbeit auf die „christlich-konfessionelle“ Basis stellen, die anderen wollen es bei dem konfessionellen Religionsunterricht bewenden lassen und die dritten wollen einen etwas abgeblähteren religiösen Unterricht. Die Gefahr der immer größeren Verpflanzung der Volksschule besteht aber so lange, als man der Kirche auch nur den kleinen Finger reicht. Wird schon Religionsunterricht in der Volksschule erteilt, so hat die Kirche ein gewisses Recht, die Aufsicht über diesen Unterricht zu verlangen. Soll gar der ganze Unterricht „christlich-konfessionell“ durchtränkt sein, so hat die Kirche um so mehr ein Recht, die Schulaufsicht zu beanspruchen.

Es gibt darum nur einen Weg, um die Befreiung der Schule von der Kirche zu erreichen: Man gebe der Schule, was ihr zukommt, und lasse der Kirche, was zu ihrem Bereich gehört, man entferne den Religionsunterricht aus der Volksschule. Das ist das einzige konsequente, wirkungsvolle Mittel, das aber auch nur allein von der Sozialdemokratie und von vereinzelt bürgerlichen Ideologen verlangt wird. In der deutschen Lehrerschaft, die so sehr unter dem Joche der Geistlichkeit schmachtet, hat bislang nur das kleine Häuflein der bremischen Volksschullehrer den Mut gefunden, die Abschaffung des Religionsunterrichtes auch aus sachmännischen Rücksichten zu verlangen und diese Forderung in freimütiger Sprache mit gewichtigen sachmännischen Gründen zu belegen.

Aber Bremen ist nicht Preußen, und im preussischen Abgeordnetenhaus gibt es keine Sozialdemokraten. Solange das erbärmliche Dreiklassenwahlrecht existiert, ist auch vom Dreiklassenparlament keine Besserung zu erwarten. Sollte deshalb die reaktionäre preussische Regierung und ihr reaktionärer Heerbann im preussischen Landtag die unerhörte Verschlechterung der Volksschule, wie sie das sogenannte Schulunterhaltungsgesetz anstrebt, zum Gesetz erheben, so muß diese Herausforderung aufpeitschend auf die preussische Arbeiterschaft wirken. Sie muß mit noch größerer, zäherer und zugleich leidenschaftlicherer Energie als bisher den Sturz der Dreiklassenherrschaft betreiben und die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes erstreben.

In welcher Weise aber proletarische Mütter die verderblichen Wirkungen der neuen Zufuhr von totem konfessionellem Wissensballast in die Köpfe und Herzen ihrer Kinder ganz oder teilweise unwirksam machen können, darüber wird später zu gelegener Zeit noch einiges zu sagen sein.

Heinrich Schulz.

Die Konferenz der Bürsten- und Pinselarbeiter und -arbeiterinnen.

Eine Konferenz der deutschen Bürsten- und Pinselarbeiter und -arbeiterinnen hat am 27. Dezember in Nürnberg stattgefunden. 41 Orte waren auf ihr vertreten mit 7451 Beschäftigten, von denen 2596 im Holzarbeiterverband organisiert sind. Dorn-Nürnberg referierte über „Die allgemeine Lage der Bürsten- und Pinselindustrie“; Huber-München über „Die Heimarbeit in der Bürstenindustrie“; Schmalbach-Berlin über „Die Konkurrenz der Straf- und Wohltätigkeitsanstalten“; Keiditsch-Stuttgart über „Agitation und Organisation“. Die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz sind von besonderer Wichtigkeit für die Genossinnen. In der Bürsten- und Pinselindustrie spielt die Frauenarbeit eine große Rolle, und zwar als Fabrik- wie als Heimarbeit. Nach der Statistik des Holzarbeiterverbandes von 1902 waren in der Bürstenindustrie 51,6 Prozent der Beschäftigten Frauen. Von der Knopfindustrie abgesehen, ist weibliche Arbeit in keinem Zweig der Holzindustrie gleich umfangreich wie im Bürsten- und Pinselmachergerwerbe. Wie einsehlichvoll die Organisation der Frauenarbeit gegenübersteht, das brachte Dorn klar zum Ausdruck. Er sagte: „Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß die Frau aus dem Produktionsprozeß verdrängt werden soll. Aber sie darf auch nicht zur Lohndrückerin gemacht werden, wie es jetzt vielfach der Fall ist.“ Nicht Kampf gegen die Arbeiterinnen als gegen Konkurrenzinnen, vielmehr Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiterinnen, Bemühungen zur Organisierung der Arbeiterinnen, das ist die Auffassung, zu der sich die Gewerkschaften bekennen. Neben den Frauen werden bei der Heimarbeit jugendliche Arbeiter unter 14 Jahren und Kinder noch zarteren Alters in struppeloser Weise ausgebeutet. Ganz besonders ist dies in den sächsischen Herzogtümern der Fall. Wie in jedem Erwerbsgebiet, für die Heimarbeit Frauen- und Kinderarbeit bedeutsam sind, so herrschen in der Bürsten- und Pinselindustrie die allertraurigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche in der „Gleichheit“ wiederholt von Sachkennern geschildert worden sind. Die Referate, Situationsberichte und Diskussionsreden entrollten Bild auf Bild von der empörenden Ausbeutung, dem schwarzen Elend, dem die Bürsten- und Pinselarbeiterschaft preisgegeben ist. Sie zeigten Hungerlöhne, endlose Arbeitszeiten, Wohnungsmisere, gesundheitliche Gefahren und Schädigungen, kurz die vielgestaltige schwerste

proletarische Not, welche in Industrien herrscht, wo das Kapital sich außer der Fabrikarbeit noch die Rückständigkeit der Heimarbeit und des handwerksmäßigen Kleinbetriebs dienbar macht. Wir werden darauf zurückkommen, wenn erst das Protokoll der Konferenz vorliegt, deren Arbeiten wertvolles Material geliefert haben. Es wird unseren Genossinnen bei ihrer Agitation zur Aufklärung und Organisierung der hart frondenden und entbehrenden Bürsten- und Pinselarbeiterinnen von großem Nutzen sein; es wird diese selbst, soweit sie bereits ihre Interessen erkannt haben und daher dem Holzarbeiterverband angehören, zu regstem Eifer anspornen, ihre noch indifferenten Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Doch nicht bloß von Ausbeutung und Glend, auch von Kampf gegen Ausbeutung und Glend meldeten die Verhandlungen. Erfreulicherweise wächst die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der klaren Einsicht, daß Einigkeit Stärke verleiht, sich dem Holzarbeiterverband anschließen, der Organisation, welche mit Einsicht, Kraft und Treue die Interessen der Bürsten- und Pinselarbeiterschaft vertritt. Leipzig, der als Vertreter des Verbandsvorstandes der Konferenz beiwohnte, konstatierte in einem geschichtlichen Rückblick auf die Organisationsverhältnisse, daß früher nur 1200 bis 1800, oft nur 500 bis 600 Arbeiter und Arbeiterinnen des Gewerbes organisiert waren, heute dagegen mehr als 3000; Arbeiterinnen befinden sich in steigender Zahl unter den Organisierten. Leider wurden die Kräfte, die den Kampf gegen Ausbeutung und Not führen sollen, dadurch zersplittert, daß in der Bürsten- und Pinselindustrie eine Sonderorganisation besteht, der sogenannte Anstaltsische Verband.

Die Konferenz wies mit Nachdruck auf die zwei Wege hin, welche die Bürsten- und Pinselarbeiter und -arbeiterinnen beschreiten müssen, wollen sie ihre Lage verbessern. Sie müssen sich immer zahlreicher, immer treuer und opferfreudiger dem Holzarbeiterverband anschließen, die Agitation für ihn mit größter Mühigkeit führen, die Organisation durch zweckentsprechende Einrichtungen ausgestalten und kräftigen. Sie müssen als Ergänzung dazu die Gesetzgebung zwingen, zu ihrem Schutz und Nutzen die kapitalistische Ausbeutungsfreiheit zu zügeln. Nach beiden Richtungen hin faßte die Konferenz Beschlüsse, von denen wir die wichtigsten hervorheben. Es soll eine fünfgliedrige Zentralkommission errichtet werden, welche in Nürnberg ihren Sitz hat, und der die bereits bestehende Mißbrandkommission anzuschließen ist. Die Zentralkommission hat innerhalb des Holzarbeiterverbandes die engere Verbindung zwischen den Bürsten- und Pinselarbeitern aufrecht zu erhalten, den Hauptvorstand und die Gauvorstände bei der Agitation zu unterstützen, Material für diese über Löhne usw. zu sammeln und die strikte Durchführung der Bestimmungen zum Schutze der Bürsten- und Pinselarbeiter zu überwachen und ihre weitere Ausgestaltung zu fördern. Mit besonderer Energie soll für die Beseitigung der Mißbrandgefahr und für den gesetzlichen Schutz der Heimarbeit getämpft werden. Wir teilen in nächster Nummer die Forderungen mit, welche nach der Konferenz die Grundlage eines Heimarbeiterschutzes bilden müssen. Als Mittel zur Milderung der Schmutzkonkurrenz, welche die Arbeit in Straf- und Wohltätigkeitsanstalten den freien Arbeitern macht, bezeichnete die Konferenz: Zahlung eines Lohnes in den Anstalten, welcher den örtlichen Verhältnissen angemessen ist, oder Zahlung des am Orte geltenden Tarifs. Verbot, blinde, augentränke oder schwächliche Personen mit staubentwickelnden Arbeiten zu beschäftigen. Anwendung der §§ 10 bis 17 der Bundesratsverordnung vom 22. Oktober 1902 zum Behufe der Besserung der hygienischen Verhältnisse.

Die Konferenz hat tüchtige Arbeit geleistet. An den Arbeitern und Arbeiterinnen ist es nun, kräftig dafür zu wirken, daß die Beschlüsse und Anregungen verwirklicht werden. Die Genossinnen werden sie dabei tatkräftig unterstützen.

Nochmals die „Zehn Gebote für die Männer“.

Genosse Peus entschuldigt im „Dessauer Volksblatt“ den Abdruck der von mir in der vorletzten Nummer der „Gleichheit“ kritisierten sonderbaren Gebote für spießbürgerliche Ehemänner mit dem Hinweis auf die Eile und Flüchtigkeit der Redaktionsbearbeitung. Diese Entschuldigung hätte für mich durchaus zugereicht. Ich kenne die redaktionelle Tätigkeit in einer parteigenössischen Provinzzeitung lange genug, um es verstehen zu können, wenn dem Redakteur im Drange der Tagesarbeit einmal etwas unterläuft, was er hernach selber am liebsten nicht gedruckt sähe.

Aber Peus bringt es bei dem ihm innewohnenden Selbstgefühl nicht übers Herz, den von ihm gemachten Fehler schlicht und offen einzugestehen, sondern er versucht es noch, den Inhalt der zehn Gebote zu rechtfertigen. Wohl seien diese Sentenzen „vom Standpunkt der sozialistischen Zukunftsehe“ aus nicht zu billigen; durch die prinzipielle Kritik — Peus nennt das „nötige Portion Übertreibung“ — würden sie sogar zu „größten Lächerlichkeiten“. Aber trotzdem seien sie „durchaus gut gemeinte und heute auch ganz angebrachte Ratsschläge“. Wer sich in dieser absurden doppelten Buchführung Peus' nicht zurechtfindet wie ich, der treibt „illoyale Kritikererei“, ist ein Stänkerer und Prinzipienwüterich und verdient deshalb Anstellung in der Redaktion des „Vorwärts“. So malt sich in Peus' Kopfe die Welt.

Es ist natürlich eine glatte Selbstverständlichkeit, die auch schon anderen Leuten vor und neben Peus nicht ganz unbekannt geblieben war, daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung mit der dazu gehörigen geistigen und ethischen Gedankenwelt nicht auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und im Rahmen der bürgerlichen Welt

etablieren können. Ebensovienig können wir von unseren Anhängern verlangen, daß sie sich in der Zwangsjacke des Kapitalismus und der überkommenen Traditionen schon mit der Freiheit und Ungezwungenheit bewegen sollen, die wir von den Bürgern der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung erwarten. Aber es ist ein wesentlicher Unterschied, ob man mit Peus predigt: Kinder, der sozialistische Zukunftstaat ist noch in weiter Ferne, richtet euch in der „augenblicklichen Gegenwart“ so gemächlich als möglich ein, schleift die Ecken und Kanten des bürgerlichen Klassenstaats ein wenig ab, wenn diese Schleifsteinarbeit auch „vor dem sozialdemokratischen Programm nicht in jeder Beziehung bestehen kann“, und — paßt mal auf — es läßt sich auch in der „unmittelbaren Gegenwart“ manche „erhebliche Besserung eures Loses“ herbeiführen. Oder ob man die unvermeidlichen Widersprüche zwischen dem, was ist, und dem, was man als leuchtendes Ideal im Kopf und im Herzen trägt, mit innerem Zorne widerwillig empfindet und sich sein Leben statt im Sinne möglichst großer Behaglichkeit in der Gegenwart möglichst nach den Gesichtspunkten der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung gestaltet. Die Theorie Peus führt zur weichen Erlassung und in besonderen Fällen zur Idesten Spießbürgererei, wie die zehn Gebote beweisen. Der andere Standpunkt aber hält die Unzufriedenheit mit dem Heute, dem vorwärtstreibenden Drange nach dem sozialistischen Morgen frisch und rege.

Abgesehen sollte Peus wissen, daß sich die Forderungen des Erfurter Programms im zweiten Teile an die „unmittelbare Gegenwart“ des bürgerlichen Klassenstaats wenden und daß wir deshalb von dieser „augenblicklichen Gegenwart“ die „Abkündigung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen“, verlangen. In diesem Sinne ist auch seinerzeit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs tätig gewesen. Ob Peus selbst damals nicht in diesem Sinne mitgearbeitet hat? Um so energischer müssen wir uns dagegen verwahren, daß ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter mit der würdevollen Miene eines spießbürgerlichen Moralpredigers und ohne irgendwelchen genügenden Grund „Gebote“ für das private Leben aufstellt, durch welche die Frau gegenüber dem Manne in erheblichem Maße benachteiligt wird.

Nun hat es zu allem Überflusse noch eine besondere Ironie des Schicksals gewollt, daß Peus sogar von der „augenblicklichen Gegenwart“ des Bürgertums mit seinen Ehemännergeboten desavouiert wird. Die „Frankfurter Zeitung“ hatte die Peusischen „Zehn Gebote“ in ihr Feuilleton übernommen, von wo aus sie den üblichen Weg durch zahlreiche bürgerliche Provinzialblätter angetreten haben. Der „Frankfurter Zeitung“ selbst aber wurde schon einige Tage darauf von einer Leserin in Landau eine geharnischte Zurückweisung der „Gebote“ überandt, von denen sie nur einige passieren ließ. „Wie niedrig muß der Verfasser dieser an und für sich gut gemeinten Mahnungen die heutige Frau noch schätzen“, heißt es darin. Die „Gebote“ forderten die Kritik der Frauen geradezu heraus. Ob denn die Frau der Prügeljunge ihres Mannes oder seine Gefährtin sei?

Also sogar selbstbewußtere Frauen des Bürgertums weisen die matte Limonade der Peusischen Ehemoral, die angeblich für die bürgerliche Welt noch passen soll, zurück. Und dann sollten proletarische Frauen sie sich ruhig gefallen lassen? Und sozialdemokratische Männer, welche die ihnen empfohlenen „Zehn Gebote“ energisch ablehnen, tun das nur, um den „Zehn Gebote“-Verfasser „anzustänkern“, wie sich das „Dessauer Volksblatt“ geschmackvoll ausdrückt?

O si tacuisses! O wenn du — wieder einmal! — lieber geschwiegen hättest! Heinrich Schulz.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrage des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt Unterzeichnete eine größere Anzahl Versammlungen im Elsaß (15), in Baden (19) und in der Pfalz (2) ab. Im Elsaß ließ der Besuch einzelner Versammlungen zu wünschen übrig, so in Luterbach, Sennheim und Dornach. Es ist dies zu beklagen, denn in diesen Orten werden die schlechtesten Löhne gezahlt, und die Arbeiterschaft hätte daher ein doppeltes Interesse an der Verbesserung ihrer Lage. Die Versammlungen in Sulz, Gebweiler, Bühl, Colmar, Markkirch und Wischweiler waren recht gut besucht, viele Arbeiterinnen nahmen an ihnen teil, die mit größtem Interesse den Ausführungen folgten. Überall wurden die „Verbesserungen“ der vereinigungsgesellschaftlichen Bestimmungen für Elsaß-Lothringen einer scharfen Kritik unterzogen. Seit dem 1. Oktober ist nach ihnen Jugendlichen unter 21 Jahren die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen untersagt. Das hat zur Folge, daß jetzt unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen eine eifrige persönliche Propaganda eingesetzt hat; sind doch gerade sie der Ausbeutung am meisten preisgegeben. In Colmar erwies sich das Lokal als zu klein, so daß ein größeres genommen werden mußte. Gut 500 Personen, darunter viele Arbeiterinnen, waren anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte der überwachende Beamte die Referentin, ob sie die „Kompottschüssel“ erwähne. Sie gab zur Antwort, daß sie das nicht im voraus sagen könne. Darauf erklärte der Beamte, daß er die Versammlung auflösen müsse, wenn die Referentin bei der Erwähnung der „Kompottschüssel“ nicht hinzusetze, daß die betreffende Äußerung dementiert sei. Genossin Greifenberg sagte nochmals, daß sie keine bindende Zusicherung geben könne. In ihrem Referat kritisierte sie besonders scharf auf die Behauptung hin, daß die Arbeiter eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein hätten.

In Wischweiler war es der Unterzeichneten vor drei Jahren verboten worden, bei den Textilarbeitern zu referieren, diesmal wurde es ihr gestattet. Allerdings mußte die Versammlung anstatt im Saale im Gastzimmer tagen, da die zuständige Behörde den Saal nicht freigegeben hatte. Aber es war doch wenigstens möglich, den zahlreich erschienenen Arbeiterinnen die Ursachen der niedrigen Löhne in der Textilindustrie und deren Wirkung auf das Familienleben vor Augen zu führen.

In Baden waren alle Versammlungen außer der in Offenburg sehr gut besucht. Man könnte fast meinen, daß die Arbeiterschaft in dieser Stadt auf Rosen gebettet sei. Schaut man sich aber die Löhne ein wenig an, dann wird man eines anderen belehrt. Die Arbeiter verdienen pro Tag 2,50, 2,20 und 1,80 Mk., die Arbeiterinnen bei elfstündiger Arbeitszeit 1,90 und 1,80 Mk.; dafür haben sie vier Stühle zu bedienen. Oft erhalten selbst ältere männliche Arbeiter nicht mehr wie 1,50 Mk. für den ganzen Tag. Die Offenburger Textiler haben also alle Ursache, kräftiger für die Organisation zu arbeiten, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Von Lörrach bis Todtnau, welche herrliches Stück Erde, von dem aber leider die Arbeiterschaft so gut wie nichts hat. Überall besteht noch die elfstündige Arbeitszeit. Die Löhne sind niedrig, wie wir noch berichten werden, dazu meist eine Behandlung, die unter jeder Kritik ist. In Todtnau zum Beispiel setzt die Direktion alle Hebel in Bewegung, die Arbeiterschaft von der Organisation fernzuhalten. Welche ungesegnete Mittel dabei angewendet werden, zeigt folgender Vorfall. Am Nachmittag des Versammlungstags erhielten ganz plötzlich zwei Arbeiter die sofortige Entlassung, ohne Rücksicht auf die vierwöchentliche Kündigungsfrist. Dieser brutale Streich bezweckte, die Arbeiterschaft von dem Besuch der Versammlung abzuschrecken, was auch leider teilweise gelang. Aber der Herr Direktor hatte die Rechnung ohne den Textilarbeiterverband gemacht, der sofort die Entschädigungsklage einreichte. Am nächsten Sonntag fand eine zweite Versammlung statt, die einen besseren Verlauf nahm als die erste, denn die Leute hatten durch das Vorgehen der Organisation Mut bekommen. Beim Sühnetermin wurde erreicht, daß die Gemahregelten wieder eingestellt und für die acht arbeitslosen Tage voll entschädigt wurden. Jedemfalls wird sich der Herr das zweite Mal hüten, Mitglieder der freien Gewerkschaft an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu hindern. Der Vorfall brachte dem Verband eine Anzahl neuer Mitglieder. Überhaupt war die Agitation im schönen Wiesental erfolgreich und vermehrte insbesondere die weiblichen Mitglieder des Verbandes erheblich. In Säckingen war die Teilnahme der Arbeiter an der Versammlung recht schwach und das trotz ihrer sehr verbesserungsbedürftigen Lage. Statt der Ausbeuteten waren Fabrikanten und Meister erschienen. Die Referentin benutzte die Anwesenheit der Herren, um ihnen gehörig die Wahrheit zu sagen. Die Versammlungen für Laufenberg und Rheinfelden mußten auf schweizer Boden tagen. An beiden beteiligten sich die Arbeiterinnen lebhaft. Die Bewegung macht hier gute Fortschritte. Die Arbeiterklasse erwacht auch hier zum Verständnis der Aufgabe, die sie zu lösen hat, und weiß, wie viele Kämpfe ihr noch bevorstehen. Fest und fester schließen sich insbesondere auch die Proletarierinnen zusammen, klären sich gegenseitig auf und rüsten sich zum Kampfe. Mögen die neugewonnenen Mitglieder treue Stützen der Organisation werden. M. G.

Um den weiblichen Mitgliederstand der Gewerkschaften zu heben, referierte die Unterzeichnete kürzlich in Nürnberg bei den Fabrikarbeiterinnen, Feingoldschlägerinnen, Rammachern und Kellnerinnen. In der Versammlung der Fabrikarbeiterinnen kam unter anderen Beschwerden zur Sprache, daß die Versammlungen meist durch Abgesandte der Firmen überwacht würden, und zwar hauptsächlich durch die Frauen der Aufseher, die am anderen Tage ihren Auftraggebern Bericht erstatten. Die Arbeiterinnen würden in der Folge abgehalten, der Organisation beizutreten und sich an der Diskussion zu beteiligen. In der betreffenden Versammlung selbst hatte der Aufseher einer Fabrik das ehrenvolle Amt des Spießes übernommen. Nachdem er aus dem Saale entfernt worden war, schlossen sich sehr viele Arbeiterinnen der Organisation an. Bei den Feingoldschlägerinnen handelte es sich um eine lokale Angelegenheit, die in einer sehr gut besuchten Montagnachmittagversammlung erledigt wurde. An der Rammacher-versammlung nahmen viele Arbeiterinnen teil. In der Diskussion wurden dieselben aufgefordert, dem Beispiel der Bleistiftarbeiterinnen zu folgen, die jetzt in Massen dem Holzarbeiterverband beitreten. Die Beteiligung der Kellnerinnen an der Gastwirtsgehilfenversammlung ließ viel zu wünschen übrig. Die Unterzeichnete referierte über „Das Stellenvermittlungswesen, ein Krebsgeschwür des Gastwirtsgewerbes“. Die anwesenden Gastwirtsgehilfen wollten alles daran setzen, die Kellnerinnen für die Organisation zu gewinnen. Die Mühlenarbeiter hatten ihre Frauen leider nicht so zahlreich in die Versammlung mitgebracht, wie es zu wünschen gewesen wäre. Das Versäumte soll später nachgeholt werden. — Es fanden noch Versammlungen statt für die Holzarbeiter in Markt Redwitz, die Arbeiterinnen der Munitionsfabrik in Fürth, die Textilarbeiter in Forstheim, die Schuhmacher in Herzogenaurach und die Metallarbeiter in Zirndorf. Die Arbeiterinnen der Munitionsfabrik in Fürth waren so zahlreich erschienen, daß der gewählte Saal, der zirka 400 Personen faßt, sich als viel zu klein erwies, während in der vorhergehenden Versammlung ihr Fernbleiben kritisiert werden mußte. Die weitesten meisten Arbeiterinnen sind jetzt organisiert. Zur besseren Kontrolle der Arbeitsverhältnisse in der Fabrik waren für jeden einzelnen Saal Fragebogen ausgegeben worden,

für deren Beantwortung auch Frauen und Mädchen sorgten, die Vertrauensposten bekleiden und in der Fabrik für die Organisation wirken. Dadurch ist manche Beschäftigte für die Fabrikinspektion festgestellt worden. Die Textilarbeiter in Forstheim waren verhältnismäßig in guter Zahl zur Versammlung erschienen, aber die Frauen und Töchter hatten daheim bleiben müssen, denn was hat nach der hier allgemein geltenden Ansicht eine Frau in einer Versammlung zu suchen? Die Referentin zeigte, daß die Beteiligung an einer Versammlung auch das Recht und die Pflicht der Frau sei, zumal wenn sie wie der Mann in der Fabrik arbeiten müsse. Die Anwesenden stimmten dem bei und versprachen, das ihrige zu tun, um die Arbeiterinnen aufzuklären. In Zirndorf scheinen die Proletarierinnen allmählich zu der Erkenntnis zu kommen, daß sie der Organisation bedürfen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht, und der Metallarbeiterverband erhielt eine große Anzahl neuer Mitglieder. Auch zu der öffentlichen Versammlung in Herzogenaurach hatten sich die Frauen zahlreich eingefunden. In ihrem Referat erwähnte die Rednerin, daß ein Teil der Zenträmter im bayerischen Landtag für das Frauenwahlrecht eingetreten sei. Die Herren spekulierten auf die Unausgeglichenheit der Frauen. Mit ihrer Hilfe wollten sie die Stimmen der Männer erregen, welche ihnen die gefürchteten „Sozi“ mehr und mehr abnehmen. Die Referentin forderte die Anwesenden auf, das ihrige zu tun, um einen Strich durch die fromme Rechnung zu machen, indem sie mehr denn je unter den Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen agitieren und für ihre Aufklärung sorgten. Unter begeisterten Zurufen wurde die Versammlung geschlossen.

Helene Grünberg.

In Hannover sprach die Unterzeichnete in einer Versammlung des Tabakarbeiterverbandes über die projektierte neue Tabaksteuer. In einer einstimmig angenommenen Resolution erhoben die Versammelten, unter denen sich sehr viele Zigarettenarbeiterinnen befanden, scharfen Protest gegen das geplante Steuergesetz. — Volksversammlungen mit dem Thema: „Lebensmittelverteuerung“ veranstalteten die sozialdemokratischen Vereine in Bremen, Wegeack und Nordenham. Auch hier war der Besuch sehr zahlreich. Alle Versammlungen brachten den einzelnen Gewerkschaften neue Mitglieder und der Arbeiterpresse wie der „Gleichheit“ viele Abonnenten. Das rege Interesse, das die Frauen an den Tag legten, berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft.

Marie Wackwitz.

Agitation in Anhalt. Dem Beschluß des Jenenser Parteitag über die Reorganisation der Partei entsprechend, hat auch der Wahlkreis Bernburg-Göthen sich eine Kreisorganisation geschaffen. Um dieser Mitglieder zu gewinnen, gleichzeitig aber auch, um nach § 10 unseres Organisationsstatuts überall weibliche Vertrauenspersonen aufzustellen, ferner der „Gleichheit“ Eingang zu verschaffen, fanden Versammlungen in allen Orten statt, wo wir über Lokale verfügen. Der Besuch der Versammlungen sowie ihr Erfolg war glänzend. In dem kleinen Dorfe Heddingen waren mehr als 200 Personen erschienen, darunter sehr viele Frauen. Zwei von ihnen wurden für den Posten der Vertrauensperson gewonnen. Die „Gleichheit“ fand 50 Abonnenten und die Partei ebensoviel Mitglieder. In den beiden Harzorten Harzgerode und Gernrode waren die Lokale bis zum letzten Platz besetzt. In Gernrode waren Versammlungsbesucher aus stundenweit entfernten Orten gekommen, so aus Nieder, Ballenstedt usw. Auch hier waren intelligente und regsame Frauen bereit, den Posten der Vertrauensperson zu übernehmen. In Harzgerode traten 88, in Gernrode 57 Besucher der Partei bei, den Leserkreis der „Gleichheit“ vergrößerten wir in jedem der beiden Orte um circa 30 Personen. In „drangvoll fürchterlicher Enge“ saßen und standen die Versammlungsbesucher in Leopoldshall, 40 neue Abonnenten der „Gleichheit“ scharten sich hier um die gewählten Vertrauenspersonen, 20 Mitglieder zeichneten sich in die Listen des Parteiverbands. Besondere Freude hatten wir in Nienburg a. S., wo sich unter etwa 300 Versammlungsbesuchern mindestens 120 Frauen befanden. Nachdem diese eine Vertrauensperson und Stellvertreterin gewählt hatten, meldeten sich 62 Abonnenten unserer Frauenzeitung, 60 Männer traten der Partei bei. In Göthen war der geräumige Saal dicht besetzt. Unter den Versammlungsbesuchern befanden sich recht viele Frauen und russische Studenten. Mit Spannung folgten die Anwesenden dem Vortrag über das Thema, das wir in allen Versammlungen behandelten, „Revolution überall“. Um die neugewählte Vertrauensperson gruppieren sich über 100 neu gewonnene Leserinnen der „Gleichheit“. 40 neue Parteimitglieder wurden gewonnen. In Gröbzig und Trebbigau a. F. erzielte die Agitation ebenfalls gute Erfolge, desgleichen in Bernburg, wo nicht nur 73 Leserinnen der „Gleichheit“ gewonnen wurden, sondern wo sich eine Anzahl Frauen verpflichteten, regelmäßig freiwillige Beiträge an die Partei abzuführen. Die Kreisleitung versprach, diese Neuerungen auch in den anderen Orten des Kreises zu empfehlen und einzuführen. Im ganzen wurden im zweiten Anhalter Kreis der „Gleichheit“ 468 Abonnenten und der Partei 400 Mitglieder zugeführt. Auch im ersten Kreis fanden zwei Versammlungen statt, in Dessau und Oranienbaum. Im ersteren Orte wurden 125 „Gleichheits“-Abonnenten und 25 Parteimitglieder gewonnen, im zweiten 18 Abonnenten und 12 Parteimitglieder. Endlich ist mit der entfalten Agitation auch in Anhalt die proletarische Frauenbewegung in die Wege geleitet worden. Halten die Genossen, was sie allerorts versprochen haben, unterstützen sie die neu gewählten Vertrauenspersonen, so werden wir sicherlich bald Fortschritte zu melden haben. Die Unterzeichnete sprach noch in stark

besuchten Versammlungen in Chemnitz, Luckenwalde (im Auftrag der Gutmachergewerkschaft) und Wittenberge. Der Versammlungsbesuch war in den drei Orten sehr gut, das Interesse für die Ausführungen lebhaft. Der Gärungsprozess liegt in der Luft. Unsere Agitation hat dafür zu sorgen, daß er sich kräftig entwickelt. Luise Zieg.

Von den Organisationen. Oberstein. Am 10. Dezember versammelte sich hier zum erstenmal die Frauenabteilung des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Der Vorsitzende desselben, Genosse Schmidt, hielt die etwa 20 erschienenen Frauen herzlich als Mitkämpferinnen willkommen und führte ihnen in wohlbedachtem Vortrag die Lage des arbeitenden Volkes vor Augen sowie die Pflicht, für Brot, Freiheit und Bildung zu kämpfen. Er erzielte hiermit allgemeinen Beifall. Bei der darauffolgenden Wahl der geschäftsführenden Personen wurde Genossin Gofert zur ersten und Genossin Hoff zur zweiten Vertrauensperson ernannt, Genossin Engel und Genossin Rubin zu Revisorinnen. Die Genossinnen beschloßen, die Verbreitung der „Gleichheit“ selbst zu übernehmen. Unser Blatt gewann vier neue Abonnenten, der Verein ein Mitglied. Die nächste Vereinsversammlung soll Ende Januar stattfinden. An stark besuchte Vereinsversammlungen ist vorerst nicht zu denken, denn in Oberstein müssen die Frauen hart fronden, die eine wäscht und puht Tag für Tag außer dem Hause, eine andere hängt Ketten an, die dritte hat kleine Kinder zu versorgen, und manche wird vom Manne zurückgehalten, der denkt, es passe sich nicht für sein Weib, sich um das politische Leben zu kümmern. Aber alle Genossinnen sind fest entschlossen, treu zum Verein zu halten und so viel wie es in ihren Kräften steht mitzuarbeiten im Werke des Kampfes um ein besseres Dasein. L. Gofert.

Die proletarische Frauenbewegung faßt allmählich in Mägeln, Bezirk Dresden, festen Fuß. Im April d. J. fingen wir mit der Arbeit an, und jetzt zählt der sozialdemokratische Verein bereits 52 weibliche Mitglieder. Die älteren Genossinnen lieben es an Eifer nicht fehlen, die Arbeiterinnen, die Arbeiterfrauen über ihre traurige Lage aufzuklären und sie zu Mitstreiterinnen im Kampfe ums Recht heranzubilden. Es wurde eine große Frauenversammlung abgehalten, in welcher Genossin Kiesel aus Berlin referierte. Des weiteren finden monatlich je ein Les- und ein Diskussionsabend statt. Der erstere ist speziell für Frauen bestimmt, an dem letzteren beteiligen sich Genossinnen und Genossen. Leider ist die Gedankenlosigkeit nicht nur vieler Frauen, sondern auch noch vieler Männer ein großes Hindernis für die Aufklärung unserer Proletarierinnen. Der Zusammenhalt zwischen Genossinnen und Genossen, der für ein ersprießliches Arbeiten unbedingt notwendig ist, muß noch fester werden. Doch durch alle Schwierigkeiten lassen sich die Genossinnen nicht abschrecken. Mit doppeltem Fleiß werden sie unter den Proletarierinnen agitieren, um in allen das Interesse am politischen wie wirtschaftlichen Kampfe ihrer Klasse zu wecken. Auguste Fohri, Vertrauensperson.

Bestrebungen zur Förderung der proletarischen Jugendzucht zeigen sich mehr und mehr: das Nürnberger Gewerkschaftskartell zum Beispiel veranstaltete vor Weihnachten eine Reihe von Märchenvorlesungen, die alle ein recht zahlreiches und dankbares Publikum fanden. Circa 1200 Kinder und 300 Erwachsene wohnten der ersten Vorlesung bei. Der Vortrag der Märchen wurde durch Lichtbilder belebt, welche die helle Freude der Kleinen hervorriefen. Lehrer hatten sich für die folgenden Veranstaltungen zur Vorlesung von Märchen und Erzählungen zur Verfügung gestellt. Die Kinder folgten mit großer Aufmerksamkeit den Vorträgen und unterbrachen sie hin und wieder durch Lachen oder Beifall. Die Veranstaltungen gefielen ihnen so gut, daß sie am Schlusse das Verlangen äußerten, recht bald mehr zu hören. Das Gewerkschaftskartell hatte außerdem eine Zusammenstellung empfehlenswerter Jugendschriften herausgegeben, um es den Eltern zu erleichtern, ihren Kindern ein gutes Buch auf den Weihnachtstisch zu legen. In Leipzig, Berlin und anderen Städten haben gewerkschaftliche und politische Organisationen, Bildungsvereine usw. ähnliche Leistungen für die Kinder des Proletariats aufzuweisen. Helene Grünberg.

Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Die Behörden wissen, was ihres Amtes ist im Klassenstaat. Abermals sind zwei Fälle zu melden, in denen durch beispiellos gekünstelte Auslegung der gesetzlichen Vorschriften Proletarierinnen verwehrt werden sollte, an der gewerkschaftlichen Bewegung, an dem Ringen ihrer Klasse um ein menschenwürdiges Dasein teilzunehmen. In Berlin will sich die Firma Gebr. Janke in ihrem „Herrenbewußtsein“ nicht damit abfinden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen von ihrem Rechte der Koalitionsfreiheit Gebrauch machen und dem Holzarbeiterverband angehören. Die polizeiliche Weisheit und Macht betätigte sich in der gleichen Richtung. Die hochblöbliche Polizeiverwaltung teilte nämlich dem Einberufer einer Holzarbeiterversammlung mit, „daß Frauenpersonen der Versammlung nicht beizuhören dürfen, weil gesetzlich unzulässig“. Das absolut ungesetzliche Ansinnen und das grausame Deutschtum der Verfügung befriedigte ihren staatsbehaltenden Eifer noch nicht. Sie benachrichtigte den Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes, daß es gesetzlich unzulässig sei, Frauenpersonen in den Holzarbeiterverband aufzunehmen, und forderte ihn auf, diese Geschöpfe niederer Art und niederen Rechtes vorbehaltlich des einzuleitenden Strafverfahrens sofort aus der Mitgliedschaft zu streichen. Den betreffenden „Frauenpersonen“ selbst tat die Polizeibehörde kund und zu wissen, daß ihre

Mitgliedschaft im Verband gesetzlich unzulässig und die Streichung derselben gefordert worden sei. Wohlwollend, wie der preussische Staat sie geschaffen, fügte sie hinzu, daß den Gesehbrecherinnen anheimgestellt sei, die gezahlten Beiträge zurückzufordern. Können Proletarierinnen einweiserer, zarterer Fürsorge erwarten? Was ist einer königlich preussischen Polizeibehörde das Recht der Arbeiterinnen, sich mit ihren Arbeitsgenossen zum Schutz und Trutz gegen das ausbeutende Unternehmertum zusammenzuschließen? Schall und Rauch! Aber ein reelles, heiliges Gut sind ihr neben der zu schützenden kapitalistischen Ausbeutungsgewalt ein paar Nickel, die ja für Plottenpenden, Mirbachaden und ähnliche „höhere Zwecke“ eine weit würdigere Verwendung finden können als für die „verheerende“ Gewerkschaftsbewegung. Gemütsmenschenum in der Polizeiform! Wo das Herz so stark sprach, mußte der Gesehstext schweigen. Die Polizeiverwaltung von Berlin hat in allen betreffenden Verfügungen unterlassen, den Gesehsparagrafen zu nennen, auf den sie sich stützt. Es dürfte ihr auch schwer fallen, einen solchen zu zitieren. Tatsächlich gibt es keine gesetzliche Vorschrift, welche sie zu ihrem Vorgehen berechtigt. Der Gauvorsteher des Holzarbeiterverbandes, Genosse Stusche, hat denn auch Beschwerde dagegen erhoben, über deren Erfolg noch berichtet wird.

Gegen die Beteiligung der Frauen am Gewerkschaftsleben ist in Aachen die Polizei aus dem gleichen Geist heraus eingeschritten, wie ihre Kollegin in Berlin, etwas anders in der Form, im Wesen nicht weniger brutal und läppisch. Dort hat die Kartellkommission der Gewerkschaften einen Vortragszyklus über die sozialen Geseze veranstaltet, an dem jedermann gegen Lösung einer Eintrittskarte teilnehmen kann. Neulich verlangte nun der überwachende Beamte bei einem Vortrag die Entfernung der Frauen. Man stellte gegenüber dieser Zumutung den Charakter der Veranstaltung fest und verwies auf das Vereinsgesetz. Daraufhin verlangte der Beamte die Trennung der Geschlechter und die Einschachtelung der Frauen in das berühmte „Segment“, Hammerstein'schen Angedenkens. Die sofort erhobene Beschwerde gegen die Verfügung wurde von der Polizeidirektion mit der Erklärung zurückgewiesen, daß der Beamte zu Recht gehandelt habe, denn das Gewerkschaftskartell sei als politischer Verein zu betrachten und folglich den Beschränkungen unterworfen, die für einen solchen gelten. Hoffentlich beruhigt sich das Kartell nicht mit dieser Polizeibeisheit, die ein Kattenkönig von Irrungen und Wirrungen ist. Ein Kartell ist überhaupt kein Verein, sondern eine Körperschaft von Beauftragten. Es ist keine politische, vielmehr eine gewerkschaftliche Körperschaft, an deren Veranstaltungen Frauen teilnehmen, ja, der sie als Glieder angehören dürfen. Der Vortragsabend war eine öffentliche Versammlung, der — ganz gleich, welcher Charakter ihr angedichtet wird — nach dem preussischen Vereinsrecht Frauen ohne jede Einschränkung beimohnen können. Kurz, die Entscheidung hat auffällige Ähnlichkeit mit der bekannten Erzählung des Dienstmannes, der berichtet, daß er den übergebenen Brief getreulich befolgt habe, daß jedoch der Empfänger Schulze und nicht Müller heiße, eine Waschfrau und kein Buchdrucker sei und nicht Feldstraße 42 wohne, sondern Marktplatz 15. Wenn dem preussischen Staat die Mittel und Möglichkeiten fehlen, seine Beamten genau in den Gesehstexten unterrichten zu lassen, die sie hüten sollen, wie wär's damit, daß er bei den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen um diesbezügliche Instruktionen vorstellig würde? Vielleicht, daß die Polizeibehörden dann neben der Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften auch die Achtung vor diesen erlangten, die sich daran genügen läßt, anzuwenden und nicht zu unterlegen.

Politische Rundschau.

Das erste Jahr der russischen Revolution ist zu Ende gegangen, nicht die russische Revolution selbst. Sie hat ihr Ziel, den völligen Sturz der Gewaltherrschaft, noch nicht erreicht. Ihr bleibt noch viel zu tun, um die Wucherpflanze des Zarisismus aus dem russischen Boden auszurotten. Aber was wir jetzt schon an Heldennut, an Aufopferungsfähigkeit, an zäher Tatkraft, an Begeisterung bei unseren Genossen in Rußland, Polen, den Ostseeprovinzen und dem Kaukasus erlebt haben, hält in uns die feste Zuversicht wach, daß sie ihr großes Werk zum Wohle der Völker Rußlands, zum Wohle der Menschheit zu Ende bringen werden.

Was dieser Revolutionsbewegung vor allem anderen den proletarischen Charakter aufdrückt, was sie auszeichnet vor allen Volksbewegungen früherer Zeiten, das ist die Unterströmung des politischen Massenstreiks, von der alle die anderen revolutionären Erscheinungen getragen und gefördert werden, neben der sie auch nur als Hilfsmittel in Betracht kommen. Zum erstenmal in der Geschichte ist dieses echt proletarische Kampfmittel planmäßig in größtem Maßstab von klassenbewußten Volksmassen zur Erzielung einer Staatsumwälzung größten Maßstabs angewandt worden. Der politische Massenstreik ist das Kennzeichen der russischen Revolution; man kann auch jetzt schon sagen: er sichert ihr den Sieg.

In den Pausen zwischen den intermittierend einsehenden und abbrechenden Massenstreiks hat es Zusammenstöße und Kämpfe aller Art gegeben, wie wir sie aus allen Revolutionsepochen kennen: Demonstrationen, Schamäuel mit der Polizei; dann aber Eigenarten der verbrecherischen Zarenkultur: die verclumpten Wanden der „schwarzen Hundert“ im Polizeifeld verwandt zu Massen- und Glaubenskämpfen gegen Andersgläubige oder fremdsprachige Untertanen des Zaren. Schließlich als Nachwirkung der Volksbewegung Meutereien der Truppen, der Seesoldaten und Matrosen zuerst, dann aber

auch der Landtruppen bis in die Reihen der Garde und der Jagdmeute des Zaren, der Kosaken hinein.

Das alles in voller Gärung durcheinander, bald hier, bald dort aufflackernd, aber in jeder Einzelphase größere Dimensionen annehmend, die Volkserhebungen von Polen nach Petersburg, von Petersburg nach dem Kaukasus, nach Finnland, nach den Ostseeprovinzen, nach Südrussland zurückschlagend, jetzt schon unter den russischen Bauern sich ausbreitend. Demgegenüber die Heuler und Geere der Reaktion bisher noch im Einzelkampf „taktische Siege“ erscheidend, aber mehr und mehr im Glauben an die Überlegenheit der Zarenmacht erschüttert.

Dramatisch sich steigend, hatte das Jahr 1905 das erschütterndste Ereignis in diesen Kämpfen und Wirren uns bis zuletzt aufgepart: die großen Barrikadenkämpfe in Moskau.

Noch vor kurzer Zeit konnte man die Versicherung hören: ja, in Polen, im Kaukasus, in den anderssprachigen Ostseeprovinzen, selbst in dem international verfeuchten Petersburg mag es Volksaufstände geben, aber Moskau, das Herz Rußlands, das heilige Moskau, Mütterchen Moskau, hält in Treue fest an seinem Väterchen Zar; an den Pforten des ehrwürdigen Kreml verehbt die Sturmflut der Revolution.

Und nun haben wir in der alten Hauptstadt Rußlands die blutigsten, die langwierigsten Kämpfe erlebt, Barrikadenkämpfe noch dazu, die man überhaupt nicht mehr erwartete in der Zeit der modernen Schnellfeuerwaffen. Als man in Westeuropa das Weihnachtsfest feierte — in Rußland ist man auch im Kalender zurück, um 18 Tage zurück —, da fochten in den winstigen Straßen der russischen Hauptstadt Zehntausende von Arbeitern und auch einige hundert Studenten gegen die Zarenschergen, Kosaken, Artillerie und Kavallerie, ganz wie 1848 in Wien und Berlin. Nach den letzten Nachrichten behaupten die Reaktionen, schließlich den Sieg davongetragen zu haben. Aber was will das bedeuten für die Entwicklung der Dinge überhaupt? Moskau ist nicht Rußland wie Paris Frankreich war am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, und Barrikadenkämpfe sind heute wohl noch Begleiterscheinungen, aber nicht das Wesen der Revolutionsbewegung. Das die offenen Gegner der sozialistischen Revolutionsbewegung über „die Niederlage der Revolution“ ein hyänenhaftes Freudenheulen erheben und sogar falsche Freunde es für angezeigt halten, ihrer Genugtuung über den angeblichen Erfolg der Reaktion offenen Ausdruck zu geben, kann das russische, kann auch das deutsche und das ganze internationale klassenbewußte Proletariat nicht irre machen in dem unentwegten Weiterwirken für unsere große Sache wie in der festen Zuversicht auf deren Sieg. Was in Rußland stürmisch begonnen, wird auch in Rußland seinen ersten Erfolg erleben, aber es wird, es muß weiterwirken in einem Aufschwung der klassenbewußten Arbeiterschaft der Welt. Wir deutschen Sozialdemokraten werden zu zeigen haben, daß wir für den Befreiungskampf der Menschheit in unserem Lande, auf unsere Weise nicht minder Großes zu leisten wissen als unsere Brüder im russischen Reiche.

Neben dem großen russischen Drama, das die glühendste Teilnahme absorbiert, verschwindet an Interesse der englische Ministerwechsel, trotzdem dieser Vorgang an sich bedeutungsvoll genug ist. Endlich hat das konservative Ministerium die Remesse für die brutale Weltpolitik mit der unvermeidlichen Begleiterscheinung einheimischer Stagnation erteilt. Unfähig für jede reformerische Tätigkeit im Innern, ist es am eigenen Marasmus zusammengebrochen. Ob die liberale Partei fähig sein wird, die Ansprüche der breiten Masse des Volkes auf eine schöpferische Sozialpolitik zu befriedigen, mag allerdings angezweifelt des starken kapitalistischen Interesses in ihren Reihen bezweifelt werden. Jedensfalls haben unsere Parteigenossen in England recht daran getan, es für unstatthaft zu erklären, daß ein Sozialdemokrat in dieser Regierung irgend ein Amt übernimmt, am allerwenigsten einen Ministerposten. Die Übernahme des Lokalverwaltungsamtes durch John Burns ist schon deshalb nicht als der Eintritt eines Sozialisten in das Ministerium aufzufassen, wie es seinerzeit in Frankreich der Eintritt Millerands in ein bürgerliches Kabinett war. John Burns ist zwar ein ehemaliger Arbeiter und ehemaliger Sozialdemokrat; er hat als solcher den bekannten Ansturm der Protestanten auf die Polizei in Trafalgar Square geführt, um das Recht der Versammlungsfreiheit zu erkämpfen, er ist aber längst der sozialdemokratischen Bewegung abtrünnig geworden und hat im Parlament sich zu den Liberalen gehalten, allerdings unter dem Namen: „Arbeitervertreter“. Seht er im Kabinett weitgehende Reformen durch, um so besser. Eigentliche sozialdemokratische Politik wird er schon deshalb nicht treiben, weil er überhaupt kein Sozialdemokrat ist und sein will.

In einer Beziehung verdienen jedoch sowohl John Burns wie der Premierminister Campbell-Bannerman unbedingte Anerkennung auch von unserer Seite. Beide gehörten zu den wenigen Politikern, die gleich den englischen Sozialdemokraten beider Richtungen gegen den infamen Burenkrieg, diese barbarische Spekulation eines habgierigen Spekulantenklüngels, mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben und dafür als Vaterlandsverräter und „Pro-Buren“ von den englischen Nordpatrioten geschmäht wurden. Sie haben jetzt schon angekündigt, daß sie nun die schmachvollsten Folgen der Annexion des Transvaals, die Einfuhr chinesischer Kulis rückgängig machen wollen. Sofort haben die „Times“ an der Spitze, die Nordpatrioten ein Wutgeheul erhoben und suchen das Kabinett zu Fall zu bringen, ehe es noch ins Amt getreten ist. Es wird sich nun zeigen, ob es mit seiner antichauvinistischen und sozialreformistischen Wahlparole im Januar bei den Wahlen eine Wehrzeit für sich gewinnen kann.

G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Am die Jahreswende stagniert der gewerkschaftliche Kampf vorübergehend auf kürzere Zeit. Die gesteigerte Geschäftstätigkeit auf der einen Seite, die verminderte Arbeitsgelegenheit auf der anderen in den Monaten Dezember und Januar lassen wenig gewerkschaftliche Aktionen gegen das Unternehmertum entstehen. Dafür werden in dieser Zeit bereits Vorkehrungen getroffen, um im neuen Jahre mit neuer Kraft und gesteigertem Mute agitatorisch und organisatorisch zu wirken und für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse tätig zu sein. Die Zentralleitungen beschäftigen sich mit Plänen, wie die Agitation intensiver betrieben werden könnte, sie treffen teilweise bereits die mühsamen Vorbereitungen für die nächste Generalversammlung, sie nehmen statistische Enquêtes vor oder verarbeiten bereits ausgenommene zum Zwecke der Veröffentlichung usw. usw. Wenn das wirtschaftliche Getriebe wieder lebhafter wird, so wollen sie gerüstet und kampfbereit wieder eingreifen können zum Vorteil der organisierten Arbeiterschaft.

Der Tabakarbeiterverband hat gegenwärtig sehr günstige Gelegenheiten zu rührigster Agitation. Die Befähigung der Tabakindustrie durch die skrupellosen Steuerpläne der Reichsregierung öffnen gewiss vielen Nichtorganisierten die Augen über den Klassenstaat und die kapitalistische Ordnung, der er dient. Sie lernen dann einsehen, was proletarische Pflicht und Ehre ihnen gebietet. Wir begrüßen es mit besonderer Freude, daß der Zentralvorstand des Tabakarbeiterverbandes mit Beginn dieses Jahres auch eine größere Agitation unter den Arbeiterinnen betreiben will; in zahlreichen anberaumten Versammlungen werden Referentinnen diese aufklären. Wir wünschen einen starken Versammlungsbefuch, begleitet von Masseneintritten in die Organisation, nicht nur um des Verbandes und der eigenen Interessen der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen willen, sondern auch, damit imposante Kundgebungen laut vernehmbaren Protest gegen die schiefen Steuerpläne der Regierung erheben. Pflicht unserer Referentinnen ist es, in diesem Sinne zu wirken.

Auch der Textilarbeiterverband läßt durch zwei Referentinnen in den Monaten Februar und März Agitationstouren durch ganz Sachsen veranstalten. — Im sächsisch-thüringischen Textilbezirk gärt es weiter. Die Unternehmer halten hier wieder einmal die getroffenen Abmachungen nicht. Den Streikenden war am Ende ihres Kampfes die Versicherung gegeben worden, daß niemand gemahregelt werden solle. Trotzdem liegen mehr als 100 Arbeiter auf der Straße, während neue „Hände“ angenommen werden. Das ist nach der Unternehmerpresse „die natürliche Folge der Aussperrung“. Es zeigt sich außerdem, daß der neue Lohnsatz lediglich eine Preisregulierung auf Kosten der Arbeiter ist. Allenthalben werden Lohnfärgungen versucht. Wenn die Arbeiter dagegen vorstellig werden, so heißt es, daß ein „Versehen“ vorliegt. Das „Versehen“ wiederholt sich aber bei der gleichen Arbeit anderer Arbeiter. Unter solchen Verhältnissen ist es schwer, den Frieden zu wahren! Der Wäschearbeiterinnenstreik in Bielefeld, der durch seine große Ausdehnung andere Gewerbe stark in Mitleidenschaft zog, so besonders die Kartonindustrie des Ortes, ist noch vor Jahreschluss mit einem Vergleich beendet worden. Unter welchen Bedingungen, ist uns beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht bekannt.

Der Vorstand des Zentralvereins der Bureauangestellten hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin dieser ersucht wird, möglichst bald durch den Beirat für Arbeiterstatistik mündliche und schriftliche Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bureauangestellten zu veranlassen, damit zuverlässiges Material für eine gesetzliche Regelung der Berufsverhältnisse gewonnen werde. Hoffentlich werden dabei auch die weiblichen Bureauangestellten gebührend berücksichtigt. Der Verband der Schuhmacher beruft bereits seine Generalversammlung für den 11. Juni nach Nürnberg ein. Der Holzarbeiterverband kann über eine noch nie dagewesene Zunahme von Mitgliedern berichten, wobei erfreulicherweise die weiblichen stark beteiligt sind.

Das Handlungsgehilfenblatt bringt eine Zusammenstellung von Urteilen von Kaufmannsgerichten, die einen Einblick in die großen sittlichen Gefahren tun lassen, denen die weiblichen Angestellten seitens ihrer Chefs vielfach ausgesetzt sind. Kaum dem Kindesalter entwachsene Mädchen müssen sich höchst unanständige Redensarten und unsittliche Berührungen gefallen lassen, andere Gehilfen werden bei einem Wochenlohn von 5 Mark auf die Prostitution verwiesen. Der Direktor eines Münchener Automatenrestaurants verlangte von seinen weiblichen Angestellten direkt die geschlechtliche Hingabe. Die Wüstlinge gehen leider meist straffrei aus, da nicht wegen ihrer unsittlichen Handlungen Klage erhoben wird, sondern wegen Streitfällen, die aus dem Arbeitsvertrag erwachsen, wegen der Rechtmäßigkeit einer Lösung des Arbeitsverhältnisses oder auch um rückständigen Lohn.

Lehthin berichtetet wir über einen neuen Plan der Schatzmacher, die Aussperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen durchgreifender vorzunehmen. Ihm ist ein zweiter gefolgt, der darauf hinausläuft, die Arbeiter nicht nach dem Alphabet, sondern nach Altersklassen auszusperrern, die durch die Invalidenten leicht festzustellen sind. So teuflisch der Plan ist, so zwecklos wird auch er sich erweisen. Gewiss kann der gewerkschaftlichen Aktion durch solche Lücken die eine oder andere Schlappe beigebracht werden, aber die Gewerkschaftsorganisation können sie ebensowenig vernichten wie alle bisher schon ausgehenden scharfmacherischen Zerstückelungspläne. Ihre Entwicklung wird dadurch nur gefördert. Je brutaler die Unternehmervereinigungen vorgehen, um so mehr indifferente Arbeiter und Arbeiterinnen kommen zur Erkenntnis ihrer Klassenlage.

#

Notizenteil.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine sozialistische Frauenzeitung in Frankreich nach dem Muster der „Gleichheit“ soll, wie uns mitgeteilt wird, in den nächsten Wochen erscheinen. Ihre Herausgeberin wird Genossin Luise Chaboseau-Napias sein.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Arbeiterinnenelend in Fürth. Wie überall, so werden auch in Fürth die Arbeiterinnen wucherisch ausgebeutet. Das bekräftigen die folgenden Tatsachen. Die Wäschefabrik von Schwarzenberger scheut sich nicht, ihren Arbeiterinnen, den Heim- wie den Akkordarbeiterinnen im Betriebe, für Hosen per Stück 5 und 6 Pfennig zu zahlen, für Mädchen- und Knabenhemden mit reichster, komplizierter Garnierung 7, 8 und 9 Pfennig, für Herren- und Damenhemden 10 und 11 Pfennig. Will bei dieser horrenden Entlohnung eine Heimarbeiterin in der Woche 5 oder 5,50 Mark verdienen, so darf sie von ihrer Arbeit nicht ausblicken. Und von den paar Pfennigen, die alle Lebensbedürfnisse der Proletarierinnen decken sollen, müssen noch die Ausgaben für Garn usw. getragen werden. Nicht viel besser geht es den Arbeiterinnen, die im Zeitlohn stehen. Für einen Wochenverdienst von 9,50 Mark müssen sie 150 Räder liefern, und man versucht, noch mehr aus ihnen herauszupressen. Zu diesem Zwecke setzte die Firma auf jeden Rad, der über die festgesetzte Zahl hinaus angefertigt würde, eine Prämie von 2 Pfennig. War es nun aber die Erkenntnis der unerhörten Zumutung, oder ging diese über die Kräfte der aufs ärgste ausgebeuteten Lohnslavinnen, kurz, sie nutzten „die Wohltat“ dieses Mehrverdienstes nicht aus, so daß die Firma wohl oder übel die Neuerung wieder abschaffen mußte. Mit der niedrigen Entlohnung geht schlechte Behandlung Hand in Hand. Die Direktorinnen scheinen in den Arbeiterinnen keine Menschen zu sehen und behandeln sie mit einer Brutalität, die ihresgleichen sucht.

Die angeführten Mißstände zeigen zum Greifen deutlich, daß die ausbeutende Kapitalistenklasse nur ein Sinnes und Trachten kennt: ihren Profit zu vermehren, und wenn auch darüber Gesundheit und Lebensglück der Lohnslaven zum Teufel geht. Sie rufen gleichzeitig allen Arbeiterinnen die dringende Mahnung zu, mit Mut und Ausdauer am Kampfe gegen ihre Feinde teilzunehmen. Keine Proletarierin darf abseits stehen, wenn es gilt, sich selbst und ihren Schwestern ein besseres Los zu erringen. Eine jede muß treu zu ihrer Organisation halten und sich auch politisch aufklären, muß immer mehr ihrer Leidensgenossinnen dem Befreiungskampfe des Proletariats zuführen, denn nur mit vereinten Kräften kann der Sieg errungen werden.

H. G.

Soziale Gesetzgebung.

Das Erlöschen von Ausnahmegesetzungen zum Kinderschutzgesetz hat Genossin Vaader Veranlassung gegeben, die Aufmerksamkeit der Genossinnen neuerlich durch ein Zirkular an die Vertrauenspersonen auf das wichtige Gebiet des Kinderschutzes und die hier vorliegenden Aufgaben zu lenken. Es heißt darin: „Mit Ende 1905 sind Ausnahmegesetzungen zum Kinderschutzgesetz aufgehoben. . . . Es war mit § 14 durch Ausnahmegesetz die Arbeit der Kinder in Werkstätten, in denen durch elementare Kraft (Dampf, Luft, Gas, Elektrizität) bewegte Triebkräfte nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, schon vom achten Jahre an gestattet. Diese Bestimmung ist jetzt aufgehoben. Vom 1. Januar 1906 ab tritt das Gesetz gemäß seinem Wortlaut in Kraft, wonach in den genannten Werkstätten nicht Kinder unter zehn Jahren beschäftigt werden dürfen. Ferner fällt die Bestimmung zu § 8 fort, wonach für Kinder über zwölf Jahre die Arbeitszeit schon von früh 6 1/2 Uhr an beginnt. Nach dem Gesetz dürfen vom 1. Januar 1906 an weder fremde noch eigene Kinder vor 8 Uhr morgens und nach 8 Uhr abends erwerbsmäßig beschäftigt werden. Für Austragedienste (Zeitungen, Milch und Backwaren) ist laut Gesetz die Ausnahme für eigene Kinder über zehn Jahre alt gestattet.“

„Diese beiden Veränderungen müssen mit dem neuen Jahre ganz besonders beachtet werden, weil viele Übertretungen zu befürchten sind.“ Das Zirkular fordert die Genossinnen auf, im Gesetz nachzulesen, welche Kinder als eigene nach dem Gesetz gelten, und eine rege Agitation unter den Frauen zu entfalten. Die Ausführungen der Genossin Zieh auf der Bremer Frauenkonferenz (Parteitagsprotokoll 1904, Seite 280) können dabei treffliche Dienste leisten. „In den Familien unserer Genossen und in den Arbeiterkreisen überhaupt“, so heißt es weiter, „muß es als höchste Pflicht angesehen werden, der Kinderarbeit ein Ende zu bereiten. Jede proletarische Mutter muß von dem Unrecht überzeugt werden, welches ihrem Kinde, weil es arm ist, widerfährt; wie vielen körperlichen, geistigen und sittlichen Gefahren es ausgesetzt ist.“

Um mit allen Mitteln für die Innehaltung des geringen Schutzes, welcher den Kindern laut Gesetz zukommt, zu sorgen, sollen die Genossinnen Frauenkommissionen wählen, die an ihrem Orte die Kinderarbeit beaufsichtigen und jede Übertretung der zuständigen Behörde zur Anzeige bringen. Um den betreffenden Aufgaben gewachsen zu sein, müssen sich die Frauen mit dem Gesetz durch Lesen und Diskutieren vertraut machen. Das Zirkular gibt Winke, wie das geschehen könne. Es wird den Genossinnen Ansporn und Ratgeber im Kampfe gegen das Kinderelend sein.

Silvesternacht.

Von Otto Krille.

Nun schweig ihr Tage feindlich harter Mähen
Vor dieser Nacht erhaben stillem Glanz.
Mag stolze Ahnung jeden Traum durchglähen
Und Farbenlust von einem Siegestrang
Für alle Kämpfer, die mit reinen Händen
Das Schwert geführt in dornigen Geländen,
Wegfroher Größe heldentreue Schar.
Wirf ab, o Herz, was an dir zeitlich war.
Hinab ins Meer des Westens sinkt der Schemen
Erlittner Qualen. Wichtig wird dein Grämen,
Zu spotthaft klein für die gewalt'ge Zeit.
Was Menschengestalt den Jahren abgerungen
Trägt kühn uns aus des Lebens Niederungen,
Sandlorn auf Sandlorn, Bau der Ewigkeit!
Nun strahle, Zukunft, in der Kerker Grauen
Vergolde jeden Wehstuhl, jeden Schacht!
Den Kampfesmäden laß Erfüllung schauen,
Dem Dulder sprich ein gläubiges: „Vollbracht!“
Schärf unsere Waffen für den Kampf der Stunde,
An der so mancher schwache Sinn zerbricht.
O wehe kühl um jede Todeswunde!
Die trüben Augen helle durch dein Licht.
Des Jahres letzter Ton ist leis zerronnen.
Wir grüßen stark, was noch im Dunkel ringt.
Es ist ein Lied von neuen Sommerfonnen,
Das tröstlich aus der Sterne Reigen klingt!

Trommelklang.*

Stütze von Heinz Kovote.

Aine drückend schwüle Hitze lagert schon am Vormittag
über der Stadt. Die Kastanien des Hofgartens lassen ihre
breitschattenden Blätter schlaff hängen. Seit Wochen liegt
der feine graue Staub darauf, den der warme Morgen-
wind von der Straße aufwirbelt, und den kein Regen
bis jetzt wieder abgewaschen hat.

Ein paar Sperlinge baden sich in dem heißen
Straßenstaub und fliegen dann zankend auf, um vom
Dache der Residenz ihr Geschrei über den Wagen, der
sie verschreckt hat, ertönen zu lassen.

Das alte Weib in Männerstiefeln, trotz der Hitze ein
gelbes Tuch um den Kopf gewunden, mit ihrem Männerhut
und dem hundertfach geflickten, durch Regen und Sonne völlig
farbloßen, schlüchten Rocke, hat einen Augenblick mit ihrem
Straßenlehren aufgehört, um den Wagen vorüberzulassen.
Dann wirbelt sie weiter den Staub auf; denn alles
Wassersprengen vermag nicht, ihn der trockenen Glut-
hitze zu berauben.

Die Sperlinge kommen wieder auf die Straße herab
und zanken sich um frischgefallenen Pferdedünger; und
glühend heiß prallt die Morgen Sonne von dem aus-
gebörrten Erdboden zurück.

Ein fernes, leises Rollen läßt das alte Weib mit
dem runzligen Gesicht und den abgemagerten, farblosen
Händen, die den Stiel des Besens umklammern, aufhorchen.
Ist es Militär oder nur ein fern hintrollender ras-
felnder Wagen?

Es klingt näher und näher. Es ist Trommelwirbel,
der seltsam dumpf in diese brütende Morgenhitze hinein tönt.
Nun biegen die Tamboure auf die Ecke und schwenken
in das Arkadentor des Hofgartens ein.

Der Tambourmajor senkt seinen Stab, beschreibt waga-
recht die Schwenkung, schwingt ihn zwei-, dreimal elegant im
Kreise und weist dann mit der Spitze in die neue Richtung.
Wieder geht es geradeaus, während er leicht bei
jedem Schritte den Takt angibt.

Hinter ihm drein schnurgerade die Sektionskolonnen des
Bataillons, das vom Exerzierplatz in die Kaserne einrückt.
Der Tambourmajor gibt das Schlußzeichen, die
Trommelwirbel verstummen, die Musik fällt ein, und der
Schritt wird sofort stramm und energischer. Es gilt, vor dem
Einrücken noch einen guten Parademarsch zu machen.

Das alte Weib ist beiseite getreten, dem Hofgarten
zu, wo die überhängenden Zweige der Bäume einen
spärlichen, nutzlosen Schatten spenden.

Sie sieht die Musiker an sich vorüberziehen, die
Stabsoffiziere auf ihren mäden Pferden vorüberreiten,
— dann kommt die Kolonne.

Den Soldaten perlt der Schweiß an den sonnen-
verbrannten braunen Schläfen herab und mischt sich
mit dem von den schweren Stiefeln in dichten Wolken
aufgewirbelten grauen Staube, daß die Gesichter unter
den Helmen noch wilder aussehen.

Auf den Stiefeln, den Pidelhauben, auf den Schultern
und den Gewehrsläufen liegt dicht der feine, farblose Staub.
Und hochhaft dringt er in die Augen ein, in Nase
und Mund, daß die Kehle noch trockener wird, als sie
schon von der Hitze ist, daß die Zunge am Gaumen klebt.
Gleichmäßig geht es im Marsche fort, eins — zwei,
eins — zwei.

Das alte Weib stützt sich auf den Besen.

* Aus „Neuland“, ein Sammelbuch moderner Prosaabichtung,
herausgegeben von Dr. Casar Flaischlen. Berlin, Alfred Schall.

Schlampig genug sieht sie aus neben dem Militär.
Das gelbe Sonnentuch fällt ihr über die Augen, unter
dem ein paar wirre graue Haarsträhnen sich hervor-
stehlen, und den großen schmutzigen Hut hat sie tief in
das runzelige Gesicht gezogen.

Der Rock hängt zerfetzt an ihr herum; Sonne, Regen
und Schnee haben die Farben längst ausgezogen. Die
hohen Stiefel sind schief getreten und jappen an den
Seiten weit auf, daß Schmutz und Rässe eindringen können.

Ein Bild von Not und Verkommenheit. —
Aber wie das Militär jetzt in festem Gleichtritt mit
straffer Haltung vorüberzieht, leuchtet es in den alten,
tief in ihren Höhlen liegenden, entzündeten Augen auf:
ein Blitzstrahl der Erinnerung.

Sie sieht sich wieder, wie sie vor vielen, vielen Jahren
zuerst vom Lande herein in die Stadt als Magd gekommen.
Ihr erster Schatz war Gefreiter gewesen.

Wie stolz war sie an dem freien Sonntag mit ihm aus-
gegangen, wie hatte ihr die schmucke bunte Uniform gefallen.

Er hatte ihr versprochen, sie zu heiraten, und sie hatte
nicht gezögert, ihm zu glauben und alles für ihn zu tun.
Täglich zählte sie die Zeit ab, wann er frei kommen würde.
Als endlich die drei Jahre vorüber waren, ging er
in sein Heimatdorf, nur auf kurze Zeit, wie sie meinte.

Sie wartete, daß er wiederkommen werde, wie er
versprochen. Sie schrieb Briefe auf Briefe. Aber er
kam nicht und antwortete nicht einmal.

Ein paar Jahre später heiratete sie einen kleinen
Handwerker, einen Tapezierer, der für ihre Herrschaft
gearbeitet, und den sie so kennen gelernt hatte.

Den ersten hatte sie allmählich vergessen. Sie hatte
sich zu trösten gesucht.

Bald aber wünschte sie sich in ihre alte Stellung zurück,
denn sie hatten um das tägliche Brot oft bitter zu ringen.

Ein Mädchen und zwei Buben kamen, und die ver-
langten was. Aber sie wuchsen auf, stark und rüstig.

Als der Krieg gegen Frankreich ausbrach, zogen sie
mit ins Feld. Wie stolz war sie, die beiden in ihren
schmucken Uniformen zu sehen. Sie dachte nicht an die
Gefahren, die ihnen drohen konnten.

Sie standen beide in einer Kompagnie, und beide
fielen sie an einem Tage.

Der Krieg war beendet. Die Sieger kehrten heim. Ihre
Buben waren nicht dabei. Sie schliefen in fremder Erde.

Ihr Mann begann zu kränkeln. Das Geschäft ging
schlecht, und Not und Glend mehrten sich täglich.

Eines Tages wurde sie ihrer letzten Stütze beraubt.
Ihre Tochter lief aus dem Hause und lehrte nicht wieder.
Sie hatte eine Liebchaft mit einem Offizier angefangen
und war auf und davon gegangen.

Sie hörte später einmal wieder von ihr, aber sie
machte keinen Versuch, ihr nachzuforschen. Es war ihr
gleichgültig. Wenn sie zurückgekommen wäre, sie hätte
sie jetzt höchstens wieder aus dem Hause gejagt.

Dann eines Tages starb ihr Mann, und nun stand
sie ganz allein in der Welt. Eine Zeitlang hielt sie sich
kümmerlich hin, dann mußte sie ihre Wohnung verlassen.
Sie wurde daraus vertrieben.

Sie war alt und ungeschickt geworden, zu nichts
mehr zu gebrauchen, außer um die Straßen zu kehren.
So verdiente sie sich nun mit dem Besen ihr Brot.

Die letzte Kompagnie ist an ihr vorübermarschiert.
Am Eingang der Hofgartenkaserne sind die Spielleute
eingeschwenkt, und der Parademarsch ist abgenommen.

Die Trommeln wirbeln zu der lärmenden Musik,
wie ein grollendes Murren.

Ein Wagen kommt aus dem Tore der Residenz ge-
jagt. Weinahe hätte er das alte Weib überfahren, das
noch immer auf den Besenstiel gelehnt im hellen Sonnen-
schein ihre Vergangenheit durchträumte.

Die Musik ist verstummt. Dort um die Mauerecke
verschwindet die glitzernde Schlange. Die zusammen-
gelaufenen Menschen strömen wieder auseinander.

Die Alte aber ballt plötzlich die Faust und sendet
dem letzten Manne, der gerade noch um die Ecke zum
Kasernhofeingang biegt, einen unverständlichen Fluch
nach. — Sie weiß selbst nicht, weshalb.

Dann greift sie wieder zum Besen und segt rechts
und links, voller Groll, daß der graue Staub hoch auf-
wirbelt; unermülich kehrt sie im glühenden Sonnen-
brand weiter, bis sie einmal selbst vom Besen des Todes
auf den allgemeinen Kehrichthaufen gesetzt wird.

Vom Baal zu Babel.*

Von Otto Erich Hartleben.

1.

Vierzig Schafe und zwölf Malter Weizen
nebst drei Eimern Weines wurden täglich
am Altar des großen Baal geopfert:
und am nächsten Morgen war es alles
aufgezehrt, und gnädig und gesättigt
grinste Baal herab auf seine Knechte.

* Aus „Meine Verse“. Berlin, S. Fischer.

Auch der König Cyrus diente täglich
seinem Gott und ging hinab zum Tempel,
am Altar des großen Baal zu beten.

Und er sprach zu Daniel, seinem Freunde,
den er ehrlich hielt, obwohl er Jude:
Sage mir, was beteest du nicht auch an
meinen Gott, den großen Baal zu Babel?

Daniel versetzte: Keine Götzen,
die von Menschenhand gemacht, verehr' ich,
einzig den lebendigen Gott des Himmels,
Zebaoth, den Herren über alles!

Sprach der König: Hältst du denn den Baal nicht
für lebendig? Siehst du nicht, wie viel er
täglich isst und trinkt?

Doch Daniel lachte:

Herr, mein König, laß dich nicht betören!
Dieser Baal ist eine tote Puppe,
draußen Erz und drinnen eine Höhle:
was der Götze frisst, verdaut der Priester!

Jornig ward der König. Rufen ließ er
seine Priester, und er sprach zu ihnen:

Wenn ihr mir nicht sagt, wer all die Opfer
täglich frisst, die wir dem Baal bereiten,
müßt ihr alle sterben. Könnt ihr aber
mir beweisen, daß sie Baal verzehre,
so muß Daniel sterben, denn er lästert
unsern Gott!

Und Daniel rief: Herr! König!
Es geschehe so, wie du geredet!

2.

Siebzig Priester dienten Baal, dem Gotte.
Siebzig Priester traten mit dem König
in den Tempel, und es sprach der Älteste:

Siehe, Herr, wir lassen dich gewähren.
Du, der König, mögest Trank und Speise
selber opfern und die Tür verschließen
und versiegeln mit dem eignen Ringe.
Kommst du wieder dann, am nächsten Morgen
und du findest, daß der Baal nicht alles
aufgezehrt, so wollen gern wir sterben.

Findest du jedoch, daß Baal die Speise
und den Trank, so ihm gebührt, verzehrt hat,
so muß Daniel des Todes sterben,
wie du sagtest, weil er Gott gelästert.

Und sie gingen grollend. Cyrus aber
hieß vor seinen Augen alles häufen,
vierzig Schafe und zwölf Malter Weizen
nebst drei Eimern Weines, Baal zum Opfer.

Daniel indes befahl den Knechten,
daß sie Äsche holten: diese ließ er
streuen ums Opfer, durch den ganzen Tempel.
Schweigend und verwundert sah's der König.

Danach gingen sie hinaus. Die Türe
ward verschlossen von des Königs Händen
und versiegelt mit des Königs Ringe.

3.

Und am andern Morgen in der Frühe
stand der König auf und ging mit Daniel
vor den Tempel. Und der König fragte:
Ist das Siegel unverfehrt?

Das Siegel
hat kein Mensch berührt, versetzte Daniel.

Und die Tür sprang auf. Leer war der Altar.
Cyrus aber rief mit lauter Stimme:
Baal, du bist ein großer Gott! Bei dir ist
kein Betrug! Verzeih mir! Und er wollte
vorwärts eilen.

Halt! rief Daniel lachend:
Halt, mein König, warte nur ein wenig.
Siehe dort! Was siehst du auf dem Boden?
Was sind diese Stapfen?

Und der König
sah und sprach: Ich sehe wohl die Tritte.
Männer gingen aus und ein und Weiber,
Kinder auch ...

Und siehst du auch, woher sie
alle kamen und wohin sie laufen?
In den großen Bauch des großen Baal! Dort
mündet ein geheimer Gang ... Ja, König:
was der Götze frisst, verdaut der Priester!

Da ergrimmete Cyrus! Alle Priester
ließ er fangen. Und noch einmal mußten
sie mit Weib und Kindern durch die Höhle
in den Tempel kriechen — statt der vierzig
Schafe wurden siebzig Priester festlich
Baal geschlachtet, der gesättigt grinste.

Aber dann zerschlug das Bild des Götzen
Daniel und zerbrach des Tempels Säulen
und zerstörte seine festen Hallen.